

Kapitel 1: Einleitung	4
A. Problemstellung.....	4
B. Einzelheiten der Untersuchung	8
Kapitel 2: Materielle Rechtslage zu Zinsberechnungen, Wertstellungen, Gebühren und Entgelten.....	13
A. Zinsanpassungsklauseln	15
I. Allgemeine Zulässigkeit von Zinsanpassungsklauseln	15
II. Wirksamkeit von Zinsanpassungsklauseln nach der Rechtsprechung des BGH.....	16
B. Zinsanpassungen bei DDR-Altcredits.....	18
I. Ausschlussfrist zum 30.09.1991.....	19
II. Vergleichszins für Anpassung von DDR-Altcredits	21
III. Verjährung und Verwirkung.....	21
C. Umsetzung von Wertstellungsverpflichtungen	23
I. Wertstellungen bei Einzahlungen.....	24
II. Wertstellungen bei Überweisungseingängen.....	30
D. Gebühren und Entgelte.....	33
I. Kreditbearbeitungsgebühr	34
II. Kontoführungsgebühr	40
III. Auslagenersatz	48
IV. Kosten für Kundenbenachrichtigung bei nicht eingelöster Einzugsermächtigungslastschrift.....	50
E. Verbrauchercredit: Werbung und Informationspflichten nach der Richtlinie 2008/48/EG	
52	
I. Werbung für Verbraucherdarlehensverträge	53
II. Pflichten bei der Anbahnung eines Verbraucherdarlehensvertrages	55
III. Pflichten beim Abschluss des Verbraucherdarlehensvertrages	57
Kapitel 3: Staatliche Sanktionsmöglichkeiten nach geltendem Recht	59
A. Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden bei Verstößen gegen Vorschriften des BGB und der Preisangabenverordnung	59
I. Gesetzliche Grundlagen für die aufsichtsrechtliche Zuständigkeit.....	59
II. Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße gegen die PAngV	61
B. Eingriffsmöglichkeiten der BaFin	62
I. Inhalt und Gegenstand der Aufsicht	62
II. Einzelne Maßnahmen	65
III. Aufsichtsrecht im Verhältnis zum Privatrecht	70
IV. Fazit zu den aufsichtsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten	72
Kapitel 4: Individuelle Geltendmachung	75
A. Situation der strukturellen Ungleichheit	77
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	77
II. Individueller Interessenausgleich	78
III. Korrekturvorgaben des BVerfG	79
B. Folgerungen aus der strukturellen Ungleichheit	80
Kapitel 5: Kollektive Geltendmachung.....	83
A. Zivilprozessuale Rahmenbedingungen für kollektiven Rechtsschutz.....	85
B. Kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten für Kleinschäden im geltenden Recht	88
I. Verbandsklage.....	88
II. Zivilprozessuale Defizite kollektiv geltend gemachter Unterlassungsansprüche nach geltendem Recht.....	93
III. Kollektiver Rechtsschutz im Rahmen des KapMuG.....	97
C. Kollektiver Rechtsschutz im Konsultationsverfahren der EU	97

I. Inhalt des Konsultationsverfahrens.....	98
II. Reaktionen/Kritik	101
III. Zusammenfassung/Bewertung	104
Kapitel 6: Rechtslage im anglo-amerikanischen Recht am Beispiel der USA.....	106
A. Sanktionsmöglichkeiten der Exekutive nach US-Recht im Falle fehlenden Interesses einer Individualklage aufgrund Geringfügigkeit des individuellen Schadens	107
I. Nationales Recht – Federal Law	107
II. Staatliches Recht – State Law	112
III. Kollision von Federal und State Law	113
B. Class actions	114
I. Die class action als effektive Sanktion gegen Massenschädigungen.....	114
II. Natur, Inhalt und Zweck der class action	115
III. Angestrebte Ziele und daraus hervorgehende Vorteile der class action	117
IV. Zusammenfassung der wesentlichen Vor- und Nachteile für die „small-claims suits“.....	119
C. Class actions als Durchsetzungsform des TILA.....	120
Kapitel 7: Lösungsstrategien entsprechend anderer Verbraucherschutzbereiche	121
A. Überwachungsansatz im Messwesen	123
B. Strategien der Lebensmittelsicherheit	124
I. Staatliche Sicherheitskontrolle	125
II. Kontrolle durch Transparenz	126
III. Übertragbarkeit auf den Finanzsektor	127
C. Lösungsstrategien von Verbraucherseite (vzbv u.a.) im Finanzbereich	129
I. Forderung des vzbv nach der Einrichtung eines Marktwächters	130
II. Politische Begleitung der Einrichtung eines Marktwächters.....	132
III. Gegenargumentation der Bankenseite.....	132
IV. Aktueller politischer Lösungsansatz zum Marktwächter	135
Kapitel 8: Vergleich der Strategieansätze und Ergebnis	138
A. Vergleich der Strategieansätze	138
B. Ergebnis.....	141